

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Pflaß.

Angabe des Preises: Die gewöhnliche Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes, die 4 gespaltenen Zeilen der amtlichen Bekanntmachungen 40 Spalten, die 2 gespaltenen Zeilen der amtlichen Bekanntmachungen 20 Spalten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 215. 84. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag, 15. September 1925

## Berföhrung der Arbeitslosen

Die Frage der Arbeitslosenberföhrung wird nunmehr die Öffentlichkeit wieder in höherem Maße beschäftigen, da der von der Regierung ausgearbeitete Gesetzentwurf über eine Arbeitslosenberföhrung bald bekanntgegeben werden soll. Der bisherige Gang der Arbeitslosenberföhrung ist ein sehr wechselvoller gewesen. Sie wird nicht mit Unrecht von vielen als der Schlüssel der gesamten Sozialberföhrung angesehen. Diese nahm seinerzeit mit jener weltgeschichtlichen Volkshandlung Kaiser Wilhelm's I. bei uns ihren Anfang, deren Bedeutung der Reichskanzler Dr. Luther in seinem Briefe an die christliche Weltkonferenz in Stockholm wieder hervor gehoben hatte. Damals stellte man in den Mittelpunkt die drei großen Gebiete der Kranken-, Unfall- und Altersberföhrung, die auch in der Tat den damaligen Ansprüchen genügt. Deutschland war noch nicht das Industrie- und Handelsland wie heute. Arbeitslosigkeit kam zwar schon zeitweilig in größeren Massen vor. Aber es gab immer noch andere Mittel, ihrer Herr zu werden, als solche der Berföhrung.

Wenn Deutschland bei der gesetzlichen Berföhrung der Arbeitslosenfrage etwas hinter den anderen Staaten zurückblieb, so rührt das daher, weil wir die erwähnten großangelegten Berföhrungsarten hatten, die auf alle Fälle den Untergrund bilden müssen. Das hat man in den anderen Ländern eingesehen, aber, als die Frage brennend wurde, nicht mehr die Zeit gehabt, bei dem für sie immer wichtiger werdenden Problem der Arbeitslosigkeit auch an die Grundlage heranzugehen. Deshalb steht dort eigentlich die Arbeitslosenberföhrung in der Luft und ist Stückwerk geblieben. Bei uns will man nun auch in dieser Beziehung ganze Arbeit machen.

Da die Arbeitslosigkeit ein wirtschaftlicher Faktor ist, der sich jedoch rein statistisch nicht erfassen läßt, so war es schwer, für die Berföhrungsart eine sichere Basis zu finden. Wie sehr dabei die Meinungen auseinandergehen, das zeigt uns die Mannichfaltigkeit der verschiedenen Systeme, des Auslandes, wo sich allerdings das sogenannte „Genter System“ am meisten durchgesetzt hat.

Eine eigentliche gesetzliche Arbeitslosenberföhrung wurde bei uns erst mit Kriegsende eingeföhrt, als infolge des Rückstromes der Kriegsteilnehmer in die Wirtschaft und durch die Folgen des Versailles die deutsche Wirtschaft zu erliegen drohte. Es handelte sich dabei allerdings zuerst nur um ein Provisorium, indem man die Lasten einfach meist den Gemeinden aufbürdete. Vor ungefähr zwei Jahren ging dann ein Gesetz über eine vorläufige Berföhrung des Reichstages zu, das aber infolge der vielen innerpolitischen Krisen nicht verabschiedet werden konnte. Erst die Zeit des Ermächtigungsgesetzes brachte eine vorläufige Berföhrung, wobei bei uns zum erstenmal der Begriff der Berföhrung auftauchte. Die Mittel sollten durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht werden. Der jetzige Entwurf soll nun, wie von unterrichteter Seite behauptet wird, eine teilweise Umgestaltung des seinerzeit unerledigt gebliebenen ersten Entwurfes darstellen und gleichzeitig die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen verwerthen.

Wenn der genaue Entwurf in seinen Einzelheiten bekannt ist, wird vermutlich ein heftiger Meinungsstreit einsetzen, wobei allerdings kaum von irgendeiner Seite die Notwendigkeit einer vernünftigen Berföhrung in Zweifel gestellt werden dürfte. In Arbeitnehmerkreisen wird man es wahrscheinlich bemängeln, daß man den Kreis der zu Berföhrenden zu eng sah, indem man ihn auf die Träger der Krankenberföhrung beschränkte und so die höheren, auch von Arbeitslosigkeit bedrohten Angestellten aus dem Spiele ließ. Die Industrie wird sich erneut über weitere soziale Belastung beklagen, die jetzt schon als eine der Ursachen genannt wird für die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Außerdem dürfte der von verschiedenen Seiten schon früher gemachte Vorschlag wieder auftauchen, die Kosten dieser Berföhrung ganz auf den Staat zu übernehmen, was aber schon mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches undurchführbar wäre. Es ist nicht anzunehmen, daß mit dieser Vorlage die ganze Frage endgültig aus der Welt geschafft ist. Wir sehen ja, wie die alten Berföhrungen immer noch ausgebaut und der Zeit angepaßt werden müssen, und der Schlüssel, als den sich die Arbeitslosenberföhrung darstellt, bedarf wahrscheinlich noch recht vieler Unterlegung, bis er sich zweckentsprechend einfügt.

## Zunahme der Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger

In der Zeit vom 16. bis 31. August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenberföhrung von 210 000 auf 231 000, d. h. um rund 10 % gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 188 000 auf 209 000 erhöht, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich nicht nennenswert geändert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 266 000 auf 286 000 gestiegen.

## Ministerrat über den Sicherheitspakt am 21. September

### Die Einladung.

Aberreichung am Dienstag. Berlin, 12. September. Wie aus Genf gemeldet wird, ist die Einladung an die deutsche Regierung zu der Konferenz über den Sicherheitspakt nach Berlin abgegangen. Sie wird auf dem gleichen Wege wie die frühere Note des französischen Außenministers Briand an die deutsche Regierung, das heißt, durch den Berliner französischen Vatschalter, und zwar erst am Dienstag, überreicht werden. Die Konferenz soll in den ersten Tagen des Oktober stattfinden, während über den Ort der Konferenz noch nichts Endgültiges bestimmt worden ist, da die Antwort Mussolinis immer noch nicht eingetroffen ist.

Das Verlangen auf die italienische Entscheidung soll der Grund für die nun schon mehrere Tage dauernde Verzögerung der Note gewesen sein. Reichsaussenminister Stresemann ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die amtlichen Geschäfte wieder aufgenommen. Über die Rückkehr des Reichskanzlers steht noch nichts fest. Die aus Genf kommenden Gerüchte über eine bevorstehende private Zusammenkunft zwischen Stresemann und Briand sind nach Mitteilungen von zuständiger Stelle unrichtig.

### Frankreichs Antwort an Chamberlain.

Gleichsam als Erwiderung auf die in Frankreich unangenehm empfundene Rede des britischen Außenministers Chamberlain, der von dem vielerwähnten Genter Protokoll absieht und nur auf einen wirklichen, nicht nur von den Westmächten diktierten Sicherheitspakt Wert legte, sprach der Präsident der französischen Landesverteidigung Boncour. Er verteidigte die französische Hartnäckigkeit bei Ablehnung der deutschen Gleichberechtigung, wie sie sich im Genter Protokoll ausdrückte, und hielt dieses für so vollkommen, daß man eigentlich heute nur Ausführungsbestimmungen zu erlassen brauche. Boncour trat für Sonderbündnisse ein und für den verschiedenen Bewaffnungsgrad für einzelne Staaten je nach den ihnen drohenden Gefahren.

### Sicherheitskonferenz gesichert.

Berlin, 13. September. Es kann nunmehr als sicher angesehen werden, daß die Einladung an Deutschland zur Teilnahme an der Sicherheitspaktberatung in den nächsten Tagen überreicht wird. Wie „Gavas“ aus Genf meldet, wird das Schreiben Briands an Dr. Stresemann Dienstag übergeben werden, weil die Antwort der italienischen Regierung, als Briand Genf verließ, noch nicht bei den alliierten Ministern eingegangen war. Mitterweile ist nun die italienische Antwort an Briand eingetroffen, in der es heißt, daß die italienische Regierung der Einladung der Alliierten an den deutschen Außenminister zu einer Konferenz über den Sicherheitspakt zustimmt. Die italienische Regierung wird an der Konferenz selbst teilnehmen.

Mussolini, der Ministerpräsident, hat sich zur persönlichen Teilnahme an der Konferenz entschlossen, wie in Rom von unrichtiger Seite behauptet wird. Der Pariser „Matin“ schreibt, Frankreich konnte die Einladung nicht ablehnen, ohne vorher die Zustimmung Italiens erhalten zu haben, das nicht zögern dürfte. Polen und die Tschechoslowakei, die von dem Wortlaut der Einladung in Kenntnis gesetzt worden sind, haben sich für befriedigt erklärt und sehen in der Bezugnahme auf die vorhergehenden Noten den Beweis, daß sie im geeigneten Augenblick zu der Konferenz zugelassen werden sollen.

### Der Ministerrat.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“ Berlin, 14. September. Wie die „Morgenblätter“ aus Spitt melden, hat Reichskanzler Dr. Luther sämtliche Reichsminister zu einem Ministerrat auf Montag den 21. September

## Aufhebung der Geschäftsaufsicht.

Neuregelung des Konkurses. In Ausführung des Kabinettsbeschlusses betreffend Aufhebung der Geschäftsaufsicht hat das Reichsjustizministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Neben einer völligen Aufhebung der Verordnung vom 14. Dezember 1916, 8. Februar und 14. Juni 1921 betreffend Geschäftsaufsicht sieht die Verordnung eine Erweiterung der Konkursordnung vor. Durch neue Vorschriften soll nämlich in den Fällen, in denen die Gläubigerschaft zu einem vergleichswiseigen Abkommen mit einem in Schwie-

nach Berlin eingeladen, nachdem er am Sonntag in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. v. Schubert den Bericht des Ministerialdirektors Dr. Gaus über die Londoner Juristenbesprechung entgegengenommen hatte. Dr. Gaus ist vom Reichskanzler im Einvernehmen mit Reichsaussenminister Dr. Stresemann beauftragt worden auf Grundlage für Entschlüsse des Ministerrats einen ausführlichen schriftlichen Bericht auszuarbeiten.

## General Hamilton über Deutschland und England

London, 14. September. Der „Observer“ veröffentlicht ein Interview mit dem schon des öfteren hervorgetretenen General Sir Hamilton, der sich entschieden für eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen und vor allem für eine grundsätzliche Änderung der Haltung der britischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland ausspricht. Nicht nur vom militärischen, sondern auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus betrachtet Hamilton den Deutschen entweder als einen ausgezeichneten Partner oder als einen sehr gefährlichen Rivalen. In den nächsten Monaten würde das Schicksal der Welt entschieden werden. Es werde sehr viel davon abhängen, wie sich auch Deutschland zu dem englischen Volk stelle. Die Frage für England laute: Soll England in freundschaftlichem Verhältnis mit dem republikanischen industriellen Deutschland zusammenarbeiten oder soll es sich absondern und einen Geist der Rivalität wiederherstellen, um das beleidigte Weltbewußtsein des deutschen Volkes wiederherzustellen?

## Ein französisches Flugzeug im Schwarzwald abgestürzt.

Berlin, 14. September. Die „Montagspost“ meldet aus Freiburg: Zwischen den Stationen Pöschalbo und Hirschsprung der Pöschalbo-Bahn ist gestern morgen kurz nach 8 Uhr im engen Hölental ein französisches Flugzeug zum Absturz gekommen. Das Flugzeug ging in Trümmer. Einer der Insassen wurde getötet, der andere Insasse mußte mit erheblichen Verletzungen in ein Freiburger Krankenhaus übergeführt werden. Das Flugzeug trug militärische Abzeichen. Die Insassen waren Privatleute. Eine amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

## Die Tschechoslowakei verlangt eine Hafenzone in Kosel.

Prag, 14. September. Das tschechische Schiffsahrtsamt hat an das deutsche Reichsverkehrsministerium das Verlangen gestellt, der Tschechei am Eingange des Oberhafens in Kosel, an dem Punkte, wo die Ober schiffbar wird, einen Anlegeplatz zur Verfügung zu stellen. Das Verlangen wird damit begründet, daß die Ober erst jenseits der tschechischen Grenze schiffbar wird, so daß die Tschechoslowakei an dem Oberlauf der Ober einen Umschlagplatz brauche.

## Teilerfolge der Franzosen in Marokko

Paris, 14. September. Wie hier gemeldet wird, haben die französischen Truppen in Marokko ihren Vormarsch bisher erfolgreich fortgesetzt. An der Kriegsfrente soll das Bergmassiv von Bibano in ihre Hände gefallen sein. Eine amtliche Bestätigung liegt aber noch nicht vor. Im übrigen sind die Truppen mit dem Ausbau der eroberten Stellungen beschäftigt, die die Kabylen vor ihrem Rückzug vollkommen zerstört haben. Zwei Kanonen, ein 8- und eine 7,5-Zentimeter-Geschütz wurden erbeutet. Im großen und ganzen besteht der direkte Erfolg der französischen Offensive darin, daß das diesseits der Uegha stark ausgebaute Verteidigungssystem des Feindes eingestürzt worden ist. Von der spanischen Front wird gemeldet, daß die Kabylen gestern sechzig Tote und zahlreiche Waffen zurückgelassen haben. Zwei spanische Panzerkreuzer unternahmen eine Scheinlandung. Die Kabylen erschossen ein brennendes Feuer, das erwidert wurde, wobei sie schwere Verluste erlitten.

## Hulland in Indochina.

Berlin, 14. September. Die Morgenblätter melden aus Paris: Nach der „Action Française“ ist Indochina von einem Eingeborenenaufstand bedroht. Die dortigen Militärbehörden hätten Verstärkungen und Material angefordert.

richtigen geratenen Schuldner bereit erscheint, eine Vermeidung des Konkurses und unter Wahrung der Interessen der Gläubiger eine befriedigende Abwicklung der Verbindlichkeiten und Verwertung der Bestände erreicht werden.

## Polnisches Intrigenpiel.

Zwangsweise Unterschriften von Optanten. Um den schlechten Eindruck, den der zwangsweise Abschub deutscher Optanten in Polen überaus hervorruft, abzuföhnen, ist in letzter Zeit von den unteren polnischen

die Verfassungen auf der  
Stufen in fast allen  
Seine alte deutsche Kaufkraft / Baron v. C.